

Gleichberechtigung braucht Parität!

Veranstaltung im Rahmen des Frauentages rückt Gesetzesforderung zurück in den Blick

Anlässlich des Internationalen Frauentages lud die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag unter Organisation der gleichstellungspolitischen Sprecherin Karola Stanges zur Veranstaltung „Parität jetzt!“ in den Thüringer Landtag ein. Parität heißt, dass mind. 50 Prozent der Abgeordneten im Parlament Frauen sein sollen. Gerade mit Blick auf die zurückliegende bundesweite Diskussion einer Wahlrechtsreform, die es leider versäumt hat, auch über eine paritätische Besetzung zu diskutieren. Hier in Thüringen will DIE LINKE nicht länger warten und ergriff daher mit der Veranstaltung erneut die Initiative. Karola Stange begrüßte die beiden Gäste der Veranstaltung: die Landtagsabgeordnete der Linksfraktion in Brandenburg, Andrea Johlige, stellv. Vorsitzende und Sprecherin für Kommunalpolitik, Migrations- und Integrationspolitik und antifaschistische Politik sowie Frau Prof. Dr. Silke Laskowski von der Universität Kassel, die Leiterin des Fachgebiets Öffentliches Recht, Völkerrecht und Europarecht, mit Schwerpunkt Umweltrecht.

Frauen in der Politik

„Ich habe den Eindruck das Thema Parität wurde in den letzten Jahren nicht genug angesprochen. Ich denke es ist an der Zeit, das Thema wieder in die politischen Diskurse zu tragen. Nur 28 von den 90 Abgeordneten im Thüringer Landtag sind Frauen. Also nicht einmal ein Drittel. Diese Quote ist sehr, sehr traurig!“ Dies reihte sich bedauerlicherweise auch in die Quoten aus anderen Bundesländern und sogar aus dem Bundestag ein. So liegt der Frauenanteil im 20. Deutschen Bundestag bei insgesamt 34,9 Prozent (Stand: März 2022). „Wir brauchen dringend eine paritätische Besetzung. Wenn wir Teilhabe und Gleichstellung von Frauen und



Bei der Veranstaltung „Parität jetzt!“ im Thüringer Landtag (v.l.) Prof. Dr. Silke Laskowski, MdL Karola Stange, Andrea Johlige

Männern ernst nehmen, dann müssen wir auch die Grundpfeiler hierfür schaffen“, erklärt Stange. Das Grundgesetz des Bundesrepublik besagt in Artikel 3 Absatz 2: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ Sowohl in Brandenburg als auch in Thüringen wurde bereits versucht, diesen Artikel des Grundgesetzes ernst zu nehmen. Ein Weg war, mit entsprechenden Gesetzesinitiativen eine paritätische Besetzung in der Landespolitik auf den Weg zu bringen. Wie die Entwicklungen in Brandenburg waren, berichtete Andrea Johlige. So erzählte sie, dass im Vorfeld der Gesetzes-einbringung von allen Seiten abgeraten wurden mit dem Hinweis, dass dies sowieso vom Verfassungsgerichtshof abgelehnt werden würde. „Aber wir haben es trotzdem gemacht, wir haben

uns getraut. Denn wir wussten, es wird auch für andere Bundesländer eine Vorreiterrolle haben.“ Nach vielen Bemühungen wurde das Paritätsgesetz letztlich im Brandenburger Landtag verabschiedet. Wenig später jedoch aufgrund mehrerer Klagen von NPD, AfD und den Piraten und einer Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes wieder zurückgezogen. Ein Paritätsgesetz gibt es aktuell in Brandenburg also nicht mehr. „Allerdings sind die Strukturen, die Netzwerke noch da! Ganz viele Initiativen haben sich daraus ergeben, um Frauen für Politik zu begeistern“, berichtet Johlige. Auch das sei bereits ein Erfolg.

Demokratiestärkung

Prof. Dr. Silke Laskowski beschrieb in der Veranstaltung unter anderem den historischen Kontext und unterstrich, dass es beim Thema Parität

nicht um ein individuelles Problem von Frauen („Frauen trauen sich nicht“, „Frauen sind unqualifiziert“) handele. „Es ist ein strukturelles Problem der Parteien. Wir müssen angehen, dass Frauen endlich da starten können, wo Männer schon lange starten können.“ Sie betonte, dass die gleichberechtigte Partizipation von Frauen und Männern zu den demokratischen „essentialia negotii“ Europas zählte. Die Europäische Kommission ordne sie sogar als „Grundbedingung für eine demokratische Gesellschaft“ ein. Mit diesen und mehreren Beispielen machte Laskowski deutlich, wie essentiell ein Paritätsgesetz für die Demokratie ist.

Karola Stange zeigte sich sehr erfreut über die informative Veranstaltung. „Es ist ein wichtiges Signal aus Thüringen, dass wir weiterhin für Parität in den Landtagen, im Bundestag, in den Gemeinden und Städten eintreten und nicht aufgeben werden.“

Feministische Aktionswoche

Lena Saniye Güngör im Weimarer Land unterwegs

In der Woche vom 6. zum 9. März war Abgeordnete Lena Saniye Güngör in ihrem Wahlkreis mit der Kampagne „Thüringen. Überall gleich gut.“ im Weimarer Land unterwegs. Bewusst wurde dieser Zeitraum gewählt, da in diesen sowohl der Equal Pay Day (7. März) als auch der Internationale Frauentag (8. März) fielen. Die Kampagnenwoche wurde so zur feministischen Aktionswoche ausgestaltet.

Zum Equal Pay Day fand eine Kundgebung auf dem Jenaer Nonnenplan statt. Trotz stürmischen Wetter nahmen einige an der Kundgebung teil und hörten gespannt den Reden zu.

Der 113. Internationale Frauentag stand ganz im Zeichen einer großen Kundgebung auf dem Apoldaer Markt. Von 10 bis 16 Uhr wurden Infomaterialien, Schokolade und Kakteen verteilt und bei Musik und heißem Tee Gesprä-

che geführt. Unterstützt wurden die Abgeordnete und ihre Mitarbeitenden hierbei vom DGB Kreisverband Weimar/ Weimarer Land, unserer Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie Heike Werner und unserer Landesvorsitzenden Ulrike Grosse-Röthig. Es gab auch eine kleine Mitmach-Aktion unter dem Motto „Wir Fordern“ konnten die Teilnehmenden ihre gleichstellungsspezifischen Forderungen auf Karten schreiben und an unsere große Wand pinnen.

„Auch nach unserer erfolgreichen feministischen Aktionswoche werden unsere feministischen Kämpfe natürlich auf allen politischen Ebenen und in allen Thüringer Räumen weitergehen. Wir kämpfen nicht für Blumen, wir kämpfen gegen ein „Weiter so“ der patriarchalen Ordnung und damit für ein gutes Leben für Alle!“, so Güngör.



Beim Internationalen Frauentag auf dem Apoldaer Markt (v.l.) Ministerin Heike Werner, MdL Lena Saniye Güngör und LVS Ulrike Grosse-Röthig